

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XI
Literaturverzeichnis	XV
I. Einführung	1
II. Historischer Überblick	3
A. Einleitung	3
B. Geschichtliche Entwicklung bis zum 18. Jahrhundert	3
1. Römisches Recht	3
2. Zeitalter der Glossatoren und Kommentatoren	4
3. Naturrecht	5
C. Vorentwürfe zum Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch	6
1. Codex Theresianus	6
2. Entwurf Horten	8
3. Entwurf Martini	9
4. Fazit	9
D. Die unmittelbare Stellvertretung im ABGB 1811	10
E. Die weitere Entwicklung im 19. Jahrhundert	12
1. Dogmatische Theorien zum Wesen der Stellvertretung	12
2. Die Abstraktheit der Vollmacht	13
F. Resümee	14
III. Grundfragen der nachträglichen Genehmigung gemäß § 1016 ABGB .	15
A. Einleitung	15
B. Rechtsfolgen von Vertretung ohne (ausreichende) Vertretungsmacht	15
1. Die schwebende Unwirksamkeit – maßgebliche Bestimmungen und Rechtsvergleich	15
2. Analoge Anwendung des § 865 S 3 ABGB?	18
a) Rechtsprechung	18
b) Auffassungen in der Lehre	19
c) Eigene Stellungnahme	22
3. Die Dauer des Schwebezustandes	24
a) „Angemessene Frist“ iSd § 865 S 3 ABGB	25
b) Automatischer Wegfall des Schwebezustandes durch Zeitablauf?	31
4. Annex: Änderung der Rechtslage durch das 2. Erwachsenens- schutz-Gesetz?	32

C. Rechtswirkungen der nachträglichen Genehmigung	33
1. Rückwirkung der Genehmigung – Problemstellung	33
2. Grundsätzliche Rückwirkung – Einschränkung lediglich gegenüber Dritten?	35
a) Die deutsche Regelung des § 184 BGB	35
(1) Der Norminhalt des § 184 Abs 1 BGB	36
(2) Die Einschränkung des § 184 Abs 2 BGB	39
(3) Zwischenergebnis	42
b) Die Rückwirkung der nachträglichen Genehmigung im ABGB	42
(1) Verzug/Unmöglichkeit	43
(2) Verjährung	45
(3) Rückwirkender Übergang der Preisgefahr	47
(4) Rückwirkung bloß inter partes?	49
(5) Genehmigung und Gutgläubenserwerb	55
(6) Ergebnis	58
3. Die Rückwirkung bei einseitigen Rechtsgeschäften – insbesondere Entlassung und Kündigung	59
a) Schwebend unwirksame Entlassung?	60
b) Kündigung	62
D. Form der nachträglichen Genehmigung	64
1. Formpflicht der Vollmachtserteilung	65
2. Formpflicht der Genehmigung?	68
3. Wechselwirkungen für das Ausführungsgeschäft?	71
IV. Teilweise Genehmigung	73
A. Einleitung und Gang der Untersuchung	73
B. Grundsätzliches zur Teilunwirksamkeit von Rechtsgeschäften	74
1. Maßgebliche Bestimmungen	74
a) § 878 S 2 ABGB	74
b) § 139 BGB	76
c) Fazit	77
2. Einheitliches Rechtsgeschäft	77
a) Die Auffassungen in der Lehre	78
b) Rechtsprechung des BGH	79
c) Rechtsprechung des OGH	81
d) Abgrenzung zur Bedingung	83
e) Eigene Stellungnahme	84
3. Selbständig bestandfähiger Rest – Zerlegbarkeit des Rechtsgeschäfts	85
a) Meinungsstand in Österreich	85
b) Meinungsstand in Deutschland	87
(1) Objektive Teilbarkeit	88

(2) Subjektive (personelle) Teilbarkeit	89
(3) Quantitative Teilbarkeit	90
c) Fazit – Eigene Stellungnahme	92
4. Maßgeblichkeit des (hypothetischen) Parteiwillens	94
a) Vorrang des tatsächlichen Parteiwillens	95
b) Der hypothetische Parteiwille als letzte Schranke vor der Zweifelsregel	97
(1) Maßgeblichkeit der Grundsätze der ergänzenden Vertragsauslegung	98
(2) Bedeutung einseitiger Interessen?	99
5. Beispiele aus der Rechtsprechung des OGH	101
a) Restgültigkeit bei Nichterteilung einer aufsichtsbehördlichen bzw pflegschaftsgerichtlichen Genehmigung	101
b) Analoge Anwendung von § 878 S 2 ABGB bei durchschauter Mentalreservation	103
c) Analoge Anwendung auf Fälle mangelnder Geschäftsfähigkeit .	104
d) Fazit	106
C. Restgültigkeit analog § 878 S 2 ABGB bei Vollmachtsüberschreitung	106
1. Rechtsprechung zur Restgültigkeit bei Vollmachtsüberschreitung bzw Vollmachtmangel	107
2. Meinungsstand und eigene Stellungnahme	110
a) Abstellen auf wessen Parteiwillen?	111
b) Beurteilung der Restgültigkeit erst nach Genehmigungsverweigerung?	114
c) Wahlrecht des Vertragspartners?	116
3. Rechtswirkungen der teilweisen Genehmigung des Überrests bzw deren Verweigerung	118
a) Rechtswirkungen der Genehmigung des vollmachtslos geschlossenen Vertragsteiles	118
b) Rechtsfolgen der Genehmigungsverweigerung	120
D. Die teilweise Genehmigung bei gänzlich vollmachtslosem Handeln durch den Vertreter	124
1. Meinungsstand	125
a) Lehre	125
b) Rechtsprechung des OGH	126
2. Möglichkeit teilweiser Genehmigung nach dem deutschen BGB ..	128
3. Eigene Stellungnahme	129
a) Vergleich der Rechtsfolgen teilweiser Genehmigung nach BGB und ABGB	130
b) Möglichkeit der teilweisen Genehmigung nach den Regeln der Teilunwirksamkeit auch im ABGB?	132
c) Fazit	134

V. Die Genehmigung durch Vorteilszuwendung	136
A. Einleitung	136
B. Die Rechtsnatur der Vorteilszuwendung	137
1. Die ältere Lehre	137
2. Die jüngere Lehre	138
3. Stellungnahme	140
C. Die Voraussetzungen für eine Genehmigung durch Vorteilszu- wendung	142
1. Der „aus dem Geschäfte entstandene Vorteil“ iSd § 1016 ABGB ..	142
2. Die Zuwendungshandlung nach § 1016 ABGB	145
a) Auffassungen in der Lehre	146
b) Stellungnahme	148
c) Beispiele aus der Rsp	148
3. Die subjektive Komponente der Vorteilszuwendung	153
a) Qualifizierte Kenntnis des Geschäftsherrn	153
b) Der Genehmigungswille des Vertretenen	157
c) Bindung des Geschäftsherrn ab Kenntnis des Dritten von der Zuwendungshandlung?	159
4. Zur Unterscheidung von Vorteilszuwendung und konkludenter Genehmigung	162
a) Unterschiedlicher objektiver Tatbestand	162
b) Unterschiede auch auf subjektiver Ebene?	164
c) Die Abgrenzung anhand eines Judikaturbeispiels	166
5. Teilweise Vorteilszuwendung?	170
6. Fazit	172
D. Widerrufsrecht des Geschäftsherrn?	173
1. Auffassungen der Lehre zu § 864 ABGB	173
2. Widerrufsrecht auch bei der Vorteilszuwendung?	174
VI. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse	177
Stichwortverzeichnis	181